Alles, was Recht ist

Falsche Verordnungen

Mit der Treue ist das ja so eine Sache. Für manche ist es sowohl in der Partnerschaft als auch in geschäftlichen Beziehungen eine Selbstverständlichkeit, andere sehen das Thema etwas freizügiger. Ein Arzt aus Sachsen-Anhalt jedenfalls hat sich, so wurde es jüngst höchstrichterlich bestätigt, der Untreue gegenüber der gesetzlichen Krankenkasse schuldig gemacht. Nun hat kein Arzt oder Zahnarzt einer Krankenkasse ewige Liebe und Treue geschworen, aber dennoch haben Vertragsärzte „die Pflicht zur Rücksichtnahme auf das Vermögen der Krankenkassen“, stellte der Bundesgerichtshof (BGH) fest und bestätigte damit auch die einjährige Bewährungsstrafe gegen den Chirurgen, der als Vertragsarzt innerhalb von drei Jahren in 479 Fällen diverse physiotherapeutische Leistungen und gerätegestützte Krankengymnastik für Patienten verordnet hat, die er gar nicht untersucht hatte. Er kooperierte mit drei regionalen Gesundheitszentren, die die Verordnungen abrechneten, ohne die Leistungen zu erbringen. Den Kassen entstand ein Schaden von über 50.000 Euro. Von denen allerdings bekam der Arzt gar nichts ab – ihm ging es nur darum, seine Stellung als Kooperationsarzt zu sichern. Deshalb wurde er auch nicht wegen Betrugs verurteilt, sondern wegen Untreue. Wenn ein Arzt weiß, dass Leistungen, die er verordnet hat, nicht erbracht, aber abgerechnet werden, verletzt er seine „Vermögensbetreuungspflicht“ gegenüber den Krankenkassen, entschied der BGH.

(Az.: 4 StR 163/16) sas

Falsche Rechnungen

Es gibt eine ganz Reihe fein ausgetüftelter Betrügereien, bei denen Otto-Normal-Verbraucher, der nur über ein geringes Maß an krimineller Energie verfügt, gehörig ins Staunen kommt. Eine davon verhandelte das Obergerverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg. In dem Fall ging es um ein ausgeklügeltes Modell, bei dem die Ehefrau eines Beamten, seines Zeichens Justizwachtmeister, dessen Unterschrift auf Beihilfeanträgen fälschte und Zahnarztrechnungen erfand. 144 Bescheide wurden positiv bestätigt, und die umfangreichen Leistungen der Beihilfe flossen auf das Konto der Ehefrau. Möglich wurde dies, weil die Frau gemeinsame Sache mit der Sachbearbeiterin in der Beihilfestelle machte, die nicht ganz zufällig die Tante des Justizwachtmeisters war. Sie verhalf ihrer Schwiegermutter auf diese Weise zu mehr als 550.000 Euro. Die Ausbeute jedoch teilten die beiden Damen dann untereinander hälftig auf. Allerdings wurden sie, nachdem der Handel aufgefliegen war, auch beide zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, unter anderem wegen Untreue, Beihilfe zur Untreue, Bestechung und Urkundenfälschung. Der Justizwachtmeister wusste von all der Kungelei nichts. Allerdings wurde er nun auch für Schadenersatzzahlungen in die Pflicht genommen. Er habe grobe Sorgfaltspflicht erkennen lassen, weil er seine beihilferechtlichen Angelegenheiten über Jahre vernachlässigt habe, beschied das OVG Berlin-Brandenburg. Unwissenheit schützt – wie immer – vor Strafe nicht.

(Az. OVG 7 B 4.15) sas

Hier steht eine Anzeige.